



Wirtschaftsbeirat
Bayern

Odeonsplatz 14, 80539 München,
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de
Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

Positionspapier

„Plädoyer für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Stromversorgung“

Autoren:

Prof. Rainer Frank Elsässer
Armin Geiß
Dr. Jürgen Hofmann

München, den 1. September 2010

INHALTSVERZEICHNIS

I.	VORBEMERKUNG	3
II.	AUSGANGSLAGE IN DER STROMVERSORGUNG	4
III.	ZIELE DER ENERGIEPOLITIK IM BEREICH DER STROMVERSORGUNG	5
	Zuverlässigkeit/ Versorgungssicherheit:	5
	Bezahlbarkeit:	5
	Klimaverträglichkeit:	5
IV.	DATEN UND FAKTEN ZU EINZELNEN ENERGIETRÄGERN	6
	Kraftwerke auf fossiler Basis	6
	Kernkraftwerke	6
	Erneuerbare Energien	8
	Aus- und Umbau der Netze	10
V.	10 ECKPUNKTE EINER EFFIZIENTEN STROMPOLITIK	10

I. VORBEMERKUNG

Die christlich-liberale Bundesregierung hat angekündigt, im Herbst ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen. Dieses Konzept ist überfällig. Jahrelang war die deutsche Energiepolitik von verengten Blickwinkeln und inselartigen Entscheidungen geprägt. Der Instrumenteneinsatz ist bis heute unzureichend aufeinander abgestimmt. Teilweise haben Illusionen die gerade auch in diesem Bereich dringend gebotene Rationalität verdrängt. Berechenbarkeit und Planbarkeit langfristiger Investitionen bestehen deshalb vielfach nicht mehr. Die Situation ist entsprechend unbefriedigend.

Energiepolitik darf sich nicht an Wunschträumen orientieren und isoliert konzipiert und verfolgt werden. Sie muss auf Fakten beruhen und in die größeren Zusammenhänge eingebettet sein. Ideologie ist in diesem zentralen Bereich der Zukunftssicherung fehl am Platz.

Es geht um die Berücksichtigung von Anliegen des Klimaschutzes. Es geht um soziale Aspekte. Es geht, eng verbunden damit, aber auch um gesamtwirtschaftliche Belange und Ziele.

In Deutschland – und hier vor allem im Süden – hat sich, im Gegensatz zu vielen anderen westlichen Ländern, eine außerordentlich leistungsfähige Industrie entwickelt und behauptet, in der echte Wertschöpfung stattfindet. Der starke industrielle Kern bildet die Grundlage für die erreichte weit überdurchschnittliche Wirtschaftskraft, für attraktive, gut bezahlte Arbeitsplätze und für das hohe Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit breiter Bevölkerungsschichten, über das wir heute verfügen. Viele unternehmensnahe Dienstleistungen und andere Wirtschaftszweige sind mit der industriellen Produktion untrennbar verflochten.

Die hohen Transferzahlungen, die Bayern heute neben Baden-Württemberg und Hessen an andere Bundesländer leistet, um dort für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, wären ohne seine starke Industrie nicht denkbar. Diese Transfers reichen weit über den Länderfinanzausgleich hinaus und belaufen sich unter Berücksichtigung der regionalen Umverteilung innerhalb der sozialen Sicherungssysteme und der Einnahmen- und Ausgabenseite des Bundeshaushaltes auf einen zweistelligen Milliardenbetrag.

Es ist deshalb nicht nur für Bayern, sondern auch für den Bund und die anderen Länder ein Gebot der gesamtwirtschaftlichen Vernunft, die Industrie als Leitsektor der Wirtschaft entschlossen zu verteidigen und ihre Basis zu stärken. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, Grundlage unserer Exportstärke, darf nicht durch falsche Weichenstellungen geschwächt oder massiv beeinträchtigt werden. Die künftige Ausgestaltung der Strompolitik, auf die sich die

nachfolgenden Überlegungen konzentrieren, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Sie kann die industrielle Zukunft Bayerns bzw. Deutschlands nicht ausblenden. Die Stromversorgung hat eine dienende Funktion. Sie muss sich einfügen in eine wirtschaftspolitische Doppelstrategie der Bestandspflege und der Erneuerung.

II. AUSGANGSLAGE IN DER STROMVERSORGUNG

Die Stromerzeugung in Bayern belief sich 2008 netto (nach Eigenverbrauch Kraftwerke) insgesamt auf 84,6 Mio. MWh.

Davon entfallen auf:

• Kernenergie	48,4 Mio. MWh	(= 57,2 Prozent)
• Fossile (Kohle, Öl, Gas)	15,4 Mio. MWh	(= 18,3 Prozent)
• Wasserkraft	12,4 Mio. MWh	(= 14,6 Prozent)
• Biomasse	3,1 Mio. MWh	(= 3,6 Prozent)
• Photovoltaik	1,8 Mio. MWh	(= 2,1 Prozent)
• Deponie-, Klär- und Biogas	1,1 Mio. MWh	(= 1,3 Prozent)
• Windkraft	0,5 Mio. MWh	(= 0,6 Prozent)
• Pumpspeicherwasser	0,7 Mio. MWh	(= 0,9 Prozent)

Über 75 Prozent der Stromerzeugung beruhen also nach wie vor auf Kernenergie und fossilen Energieträgern. Der Anteil der Erneuerbaren ohne Wasserkraft ist trotz milliardensubventionen mit 7,6 Prozent noch immer vergleichsweise „überschaubar“.

Bisher ist die Stromversorgung in Bayern leistungsfähig, stabil und sicher und durch sehr geringe Stromausfälle gekennzeichnet. Die Stromerzeugungskapazitäten decken den Stromverbrauch im Freistaat vollständig ab. D.h., Strom wird vergleichsweise abnehmernah erzeugt.

Die Strompreise konnten dank der erfolgreichen Energiepolitik in den letzten Jahrzehnten unter den Bundesdurchschnitt gedrückt werden. Dies hat wesentlich mit zur erfolgreichen Entwicklung des Industriestandorts Bayern und zum Aufstieg Bayerns zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas beigetragen.

Nachdem der Anteil der Kernenergie und der Regenerativen inkl. Wasserkraft rd. 80 Prozent beträgt, erfolgt die Stromerzeugung in Bayern heute außerordentlich klimaverträglich, deutlich klimafreundlicher als im Bund.

III. ZIELE DER ENERGIEPOLITIK IM BEREICH DER STROMVERSORGUNG

Rationale Energiepolitik hat drei Zielen zu genügen:

Zuverlässigkeit/ Versorgungssicherheit:

Die Versorgung muss sichergestellt sein, und zwar an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt. Auch in Zeiten mit höchster Netzbelastung sollte die gesicherte Leistung um 10 Prozent über der Höchstlast im Netz liegen, um eine stabile, zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten. Für den Industriestandort Bayern bzw. Deutschland ist dies von größter Bedeutung. Energieengpässe oder gar Stromausfälle dürfen nicht zum Hinderungsgrund für neue Investitionen oder zu einem Abwanderungsmotiv für Unternehmen werden. Flaschenhälse für neues Wachstum kann sich Deutschland/ Bayern in diesem Bereich nicht leisten.

Bezahlbarkeit:

Dieses Kriterium ist vor allem mit Blick auf die im internationalen Wettbewerb stehenden energieintensiveren Wirtschaftszweige existenziell wichtig. Bezahlbare Strompreise sind und bleiben gleichermaßen eine soziale Frage. Strom darf nicht zum „Luxusgut“ werden, das die Kaufkraft einkommensschwächerer Bevölkerungsschichten über Gebühr beeinträchtigt.

Klimaverträglichkeit:

Darüber hinaus muss auch die Stromwirtschaft einen zentralen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung um maximal 2° C leisten, wie sie von der internationalen Klimaforschung als gerade noch akzeptabel bezeichnet wird.

Nach den aktuellen Plänen der Bundesregierung sollen bis 2020 aus Klimaschutzgründen 30 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren und 20 – 25 Prozent aus Kraft-Wärme-Koppelungs-Kraftwerken (KWK) kommen. Bayern strebt 40 Prozent regenerativen Stroms bis 2030 an. Offen ist, wie der Rest künftig gedeckt wird. Dringend beantwortet werden muss diese Frage vor allem dann, wenn es beim Kernenergieausstieg bis 2022 bliebe. Schon insoweit ist die Vorlage eines tragfähigen Energiegesamtkonzepts im Bund überfällig.

IV. DATEN UND FAKTEN ZU EINZELNEN ENERGIETRÄGERN

Kraftwerke auf fossiler Basis

- Strom lässt sich mit fossilen Kraftwerken verlässlich und wirtschaftlich produzieren.
- Allerdings ist der konventionelle Kraftwerkspark – hauptsächlich zwischen 1970 und 1990 errichtet – in die Jahre gekommen. Es besteht zunehmender Ersatzbedarf: bei einem Ausstieg aus der Kernenergie müsste rd. ein Viertel der installierten Kraftwerksleistung (=30.000 MW bundesweit) bis 2022 ersetzt werden.
- Bei nahezu jedem Kraftwerksneubau formieren sich inzwischen jedoch enorme Widerstände in der Bevölkerung. Hinzu kommen absehbare Engpässe bei den CO₂- Zertifikaten und prohibitive Genehmigungsaufgaben. Neubauten werden deshalb abgesagt oder auf Eis gelegt.
- Das größte Problem fossiler Kraftwerke ist ihre mangelnde Klimaverträglichkeit. Für Gaskraftwerke trifft dies noch am wenigsten zu (620 Gramm CO₂/ kWh Strom). Besonders CO₂-intensiv ist die Braunkohleverstromung, die mit weit mehr als 1000 Gramm CO₂/ kWh Strom als größter Klimakiller gilt.
- Die Abtrennung und Speicherung von CO₂ (CCS-Technik) steckt noch in der Erprobungsphase. Auch wenn sie im großtechnischen Maßstab funktionieren sollte, sind massive lokale Widerstände gegen die Speicherung im konkreten Fall vorgezeichnet.

Kernkraftwerke

- Die Kernkraftwerke in Deutschland sind sicher; die fortwährende Nachrüstung hat sich bewährt. Das sog. Restrisiko ist geringer als gemeinhin unterstellt und vom BvG 1978 als akzeptabel bewertet worden. Es gibt aufgrund der laufenden sicherheitstechnischen Nachrüstungen kein unverantwortbares Gefälle zwischen alten und neuen Anlagen.
- Kernenergie ist preiswert. Die bestehenden Kraftwerke sind abgeschrieben. Es muss gegebenenfalls zusätzlich in Sicherheit nach dem jeweils neuesten technischen Stand, nicht aber in den Bau von Ersatzkraftwerken und neuen Kraftwerken wie bei den Fossilen investiert

werden. CO₂-Emissionszertifikate müssen nicht gekauft werden. Teure Investitionen in neue Netze sind nicht erforderlich.

Wir laufen damit also nicht Gefahr, durch starke Preissteigerungen energieintensive Teile der Industrie zu verlieren und soziale Aspekte zu vernachlässigen. Längere Laufzeiten der Kernkraftwerke wirken sich allein schon dadurch dämpfend auf die Strompreise aus, dass sie preistreibende Kapazitätsverknappungen am Strommarkt verhindern. Hinzu kommen dämpfende Wirkungen auf die Preise von CO₂-Zertifikaten.

- Die Versorgung mit Brennstäben ist auf Jahrzehnte hinaus gesichert (über 80 Jahre beim derzeitigen Verbrauch und Stand der gesicherten Reserven). Die Uranvorkommen sind geografisch breit verteilt. Uran kommt aus politisch berechenbaren Lieferländern. Die Gefahr von Abhängigkeiten ist nicht gegeben. Preissteigerungen fallen wegen des geringen Anteils des Urans an den Stromerzeugungskosten eines KKW von 3- 5 Prozent nicht ins Gewicht. Konkurrierende Verwendungen wie bei den Fossilen, die preistreibend wirken könnten, existieren nicht.
- Kernenergie leistet im Rahmen der Stromerzeugung einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz. Wird Kernenergie durch Erneuerbare ersetzt, ist für den Klimaschutz nichts gewonnen. CO₂- freie Stromerzeugung wird durch CO₂-freie ersetzt.
(Diese Aussage gilt auch bei einer Lebenszyklusbetrachtung unter Einbeziehung der gesamten Prozesskette: Wasserkraft ist etwas CO₂-ärmer als Wind- und Kernenergie; diese wiederum schneiden etwas besser ab als Photovoltaik).
Anders liegen die Verhältnisse offenkundig bei der Substitution von fossilen Kraftwerken, die ein Vielfaches an CO₂ produzieren.
- In Bayern käme es bei einem Kernenergieausstieg bis 2022 zu einer Lücke von 6500 MW. Sie ließe sich allein durch Erneuerbare in diesem Zeitraum nicht schließen. Seine ehrgeizigen Ziele, den CO₂-Ausstoß/ Kopf von derzeit 6,5 t auf unter 6t bis 2020 und unter 5t /p.a. bis 2030 zu drücken, würde der Freistaat unter diesen Voraussetzungen nicht erreichen, sondern klar verfehlen.
- Die Kernenergie behindert den Ausbau der Erneuerbaren nicht. Sie ist – entgegen einer verbreiteten Fehleinschätzung – auch als Ausgleichsenergie gut geeignet. Kernkraftwerke können durchaus schnell geregelt werden. Sie lassen sich mit einer Laständerung von 5 Prozent in der Minute bis auf 45 Prozent der Leistung zurückfahren und ebenso schnell wieder hochfahren.

Schon heute werden deutsche KKW zum Ausgleich der häufigen und starken Schwankungen in der Erzeugung von Windstrom eingesetzt. Um der Windenergie den Vorrang zu lassen, regelt beispielsweise das KKW Unterweser bereits jetzt an über 100 Tagen im Jahr seine Leistung auf bis zu 55 Prozent ab (Prof. Fritz Vahrenholt). Ein anderes Beispiel ist Frankreich, das seinen Kraftwerkspark mit einem KE-Anteil von 80 Prozent nach dem Verbrauch der Endkunden fährt. Beide – Erneuerbare und Kernkraft – stehen sich also nicht im Wege, sondern können sich sinnvoll ergänzen.

- Die Frage der Endlagerung muss auch bei einem Abschalten der Kernkraftwerke gelöst werden. Dass sie noch nicht gelöst ist, ist auch dem 10-jährigen Moratorium geschuldet, das Rot-Grün bzw. danach die SPD in der großen Koalition durchgesetzt haben.
- (Bleiben als einziges Manko die Vorbehalte in einem Teil der Bevölkerung und des Parteienspektrums bezüglich der sog. technischen Restrisiken.)

Erneuerbare Energien

- Größter Vorteil der Erneuerbaren: Sie bieten eine langfristige Perspektive, sind unerschöpflich und produzieren CO₂-freien bzw. bei einer Lebenszyklusbetrachtung vergleichsweise CO₂-armen Strom; Restrisiken sind nicht erkennbar.
- Wasserkraft und Biomasse sind regelfähig. Sonne und Wind liefern den Strom dagegen nicht nach Bedarf, sondern je nach „Wetterlage“ mit großen Schwankungen:
 - Windenergie: Nur 6 Prozent der installierten Leistung können als gesichert angesehen werden
 - Selbst in der Nordsee weht an 100 Tagen kein Wind
 - Solar: Nur 1,5 Prozent gesicherte Bereitstellung (eher etwas für sonnenreiche Zonen)
 - Zum Vergl.: Fossile Kraftwerke tragen mit 90 Prozent zur gesicherten Leistung bei; ein Windpark mit 10.000 MW installierter Leistung kann deshalb bezüglich der Versorgungssicherheit nur ein mittelgroßes Kohlekraftwerk ersetzen.

Damit besteht ein hoher Bedarf an Reserve- und Regelleistung; der Betrieb von Parallel-/ Reservekraftwerken im Hintergrund ist notwendig (= teure Doppelstrukturen), um die Stromversorgung zu jeder Zeit sicherzustellen.

- Die Errichtung eines europäischen Windenergienetzes/ länderübergreifendes Stromaustauschnetz im Nordseeraum, in dem sich Schwankungen möglicherweise zum Teil ausgleichen ließen, ist ebenso Zukunftsmusik wie die Energiespeicherung (via Batterien) oder mit Druckluft im großen Stil oder die Verknüpfung Regenerativer mit norwegischer Wasserkraft.

Das heißt, die Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien ist auf absehbare Zeit nicht gegeben. Auch Bayern verfügt nicht ansatzweise über die nötige Speicherinfrastruktur. Das Pumpspeicherpotential ist begrenzt. Geeignete Standorte für Druckluftspeicher liegen in den nördlicheren Regionen Deutschlands. Zudem ist heute noch unklar, zu welchen Kosten Druckluft- und chemische Speicher in fernerer Zukunft nutzbar sein können.

- Gleiches gilt für die Stromnutzung nach Energieangebot etwa auf der Basis intelligenter Stromzähler, d.h. für die Verschiebung verschiebbarer Nachfrage in Zeiten eines großen Stromangebots (Betrieb von Waschmaschinen, Kühlanlagen, Klimaanlage etc./ E-Energy- Projekt von BMWi und BMU).
- Die Subventionierung der Erneuerbaren zu Lasten der Stromabnehmer ist hoch. Insgesamt belaufen sich die Förderkosten aus dem EEG heute schon auf über 12 Mrd. Euro p.a., Tendenz weiter steigend auf 22 Mrd. Euro in den nächsten 5 Jahren beim heutigen Förderregime. Einen 4-Personenhaushalt kostet dies heute 100 Euro im Jahr; im nächsten Jahr könnten es wegen der vielen neuen Anlagen schon 50 Prozent mehr sein. Dies sind aber nur die direkten Investitionen an die „Einspeiser“. Hinzu kommen die Kosten für einen fast doppelt so großen Kraftwerkspark, für Regelernergie und für ein überdimensioniertes Hochspannungs- und Verteilungsnetz, was alles vom Stromkunden bezahlt werden muss.
- Speziell die neuen Arbeitsplätze im Solarbereich sind teuer erkaufte: Nach einer Studie des renommierten RWI von 2008 wird jeder Arbeitsplatz dort mit rd. 150.000 **Euro** gefördert. Zum Vergleich: Der Kohlepfennig summierte sich am Ende (1995 durch Urteil BVG abgeschafft) auf knapp 8 Mrd. **DM** bei 55.000 Beschäftigten im Bergbau unter Tage. Das waren pro Arbeitsplatz 145.00 **DM**.
- Die Führung Deutschlands bei der Photovoltaik lässt sich durch eine hohe Breiten-Förderung offenkundig nicht verteidigen. Die Weltmarktführer bei der Produktion von Solarzellen kommen mittlerweile aus China. In Deutschland profitiert am stärksten das Handwerk von der Installation der Anlagen. Technologieführerschaft, verbunden mit hoher Wertschöpfung im Inland, kann am Ende nur durch ein scharfes

Innovationstempo, also durch verstärkte Forschungsförderung zurückgewonnen und behauptet werden.

Aus- und Umbau der Netze

- Steigende Nutzung der Windenergie im Norden und vermehrter Einsatz küstennaher Kraftwerke erfordern den Ausbau der Übertragungsnetze zur Versorgung der verbrauchsstarken Südländer; es geht um neue 380/220 kV-Leitungen von 850 km Länge (DENA); geschätzte Kosten 1,1 Mrd. Euro.
Ähnlich teuer dürfte der Ausbau der Verteilungsnetze werden, um die wachsende Zahl der dezentralen „Einspeiser“ in das Netz zu integrieren (Einspeisevorrang für Regenerative). Am Ende müssen diese milliardenschweren Netzinvestitionen von den privaten und gewerblichen Stromverbrauchern bezahlt werden.
- Auch gegen den Bau neuer Stromleitungen formieren sich wachsende gesellschaftliche Widerstände vor Ort.
- Für den Süden Deutschlands besteht deshalb bei einem zu frühen Ausstieg aus der Kernenergie die Gefahr von gravierenden Netzengpässen.

V. 10 ECKPUNKTE EINER EFFIZIENTEN STROMPOLITIK

1. Effiziente Strompolitik muss auch in Zukunft aus gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen allen drei Zielen – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaverträglichkeit – gleichermaßen gerecht werden.

Alle Energieträger sind dabei in die Bestimmung eines zukunftsfähigen Energiemixes einzubeziehen.

Die energiepolitischen Herausforderungen in Bayern, Deutschland, Europa, weltweit sind zu groß, als dass darauf verzichtet werden könnte. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein „deutscher Sonderweg“, der nirgendwo weltweit Nachahmer findet. Im Gegenteil: Selbst Länder wie Schweden, die vor Jahren ähnliche Beschlüsse wie Deutschland gefällt haben, schwenken nun wieder um und sehen in der Kernenergie wichtige Pfeiler ihrer Versorgung.

2. Die forcierte ausschließliche Ausrichtung der Strompolitik auf Erneuerbare führt zu hohen Erzeugungskosten sowie zu hohen Folgeaufwendungen für die Netze bei sinkender Versorgungssicherheit. Sie liegt weder im Interesse einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vor allem nicht der stromintensiven Industrien, noch im Interesse einkommensschwächerer Bevölkerungsschichten in Bayern/ Deutschland.
3. Der verstärkte Einsatz der Regenerativen in der Stromversorgung muss mit Augenmaß vorangetrieben werden.
4. Die Überförderung der Erneuerbaren, vor allem im Bereich der Photovoltaik mit ihrer geringen Stromausbeute, ist zu beenden, auch wenn die staatlich garantierten Renditen privater und gewerblicher Investoren dadurch tendenziell sinken. Die beschlossene Kürzung der Fördersätze ist richtig. Sie muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die aus dem Beitrag der regenerativen Energien resultierenden Kosten müssen beherrschbar bleiben. Ende 2009 waren 10.000 MW Photovoltaik-Anlagen installiert, allein im ersten Halbjahr 2010 sind 3.000 MW Photovoltaik-Anlagen hinzu gekommen. Trotzdem wird der Photovoltaik-Anteil an der deutschen Stromversorgung in diesem Jahr 1 Prozent kaum übersteigen.
5. Der politisch gewollte (und bis auf Weiteres mehr subventions- als marktgetriebene) weitere Ausbau der Erneuerbaren führt bei vermutlich eher bescheidenen durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten in den nächsten Jahren in Verbindung mit steigender Energieeffizienz und angesichts des gesetzlichen Vorrangs bei der Stromversorgung zwangsläufig zu Verdrängungseffekten: Entweder werden Kernkraftwerke zunehmend abgeschaltet oder/und fossile Kraftwerkskapazitäten aus dem Markt genommen.

Die Interessen Bayerns liegen dabei auf der Hand, und sie sind offenkundig anders gelagert als die Interessen der Länder, in denen die Stromerzeugung primär auf konventionellen Kraftwerken beruht.

Als Standort von Kernkraftwerken muss dem Freistaat ähnlich wie Baden-Württemberg und Hessen daran liegen, seine Kernkraftwerke möglichst lange weiter laufen zu lassen, selbstverständlich verbunden mit Nachrüstungsauflagen, die einen anhaltend hohen Stand an Sicherheit gewährleisten. Andernfalls gingen Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren, würde die heimische Stromerzeugung den Strombedarf im Freistaat nicht mehr decken.

Einen Kernenergieanteil von über 57 Prozent an der Stromerzeugung in Bayern bis 2022 durch Erneuerbare und forciertes Energieeinsparen zu substituieren, ist illusorisch. Der Bau neuer Kohlekraftwerke lässt sich im Inland wegen des Widerstands in der Bevölkerung kaum noch durchzusetzen. Wir wären im großen Umfang auf Importe aus anderen Teilen Deutschlands (küstennahe Kohlekraftwerke, Wind) oder aus dem Ausland (u.a. Kernenergiestrom aus Frankreich oder aus Mittel- und Osteuropa) angewiesen. Energiepolitisch würden wir auf eine Abhängigkeitssituation zurückgeworfen, wie sie nach 1945 bis in die 70er Jahre bestand.

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Daten und Fakten sprechen aber nicht nur landespolitische Interessen, sondern vor allem auch das Zieledreieck der Energiepolitik – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaverträglichkeit – eindeutig dafür, in Deutschland bis auf Weiteres an der Kernenergie festzuhalten. Strom aus Kernenergie ist preisgünstig. Er deckt die Grundlast im Gegensatz zu den Erneuerbaren zuverlässig ab, erfolgt anders als bei fossilen Kraftwerken CO₂-frei, kann ggfls. auch als Regelenergie eingesetzt werden und behindert damit den Ausbau der regenerativen Energien nicht.

Die Ausstiegsreihenfolge kann deshalb bei Abwägung aller Aspekte (Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit) nur lauten: Soweit es durch den (politisch gewollten) Ausbau der Erneuerbaren zu Überkapazitäten kommt, wird zunächst der Park an alten, ineffizienten fossilen Kraftwerken zurückgebaut und ggf. zugunsten von KWK-Kraftwerke auf Gasbasis umgebaut. Erst danach werden die Kernkraftwerke stillgelegt, und nicht umgekehrt, wie von BMU Röttgen skizziert: Ausstieg aus der Kernenergie bis 2030 und danach bis 2050 Ausstieg aus der Kohle.

Sofern auch längerfristig überhaupt auf einen Mix aus allen drei Energieträgern – Erneuerbare, Fossile und Kernenergie – verzichtet werden kann, trägt die Kernenergie als Brücke besser hinüber in das Zeitalter der Erneuerbaren als die Kohle!

6. Das Sparpaket der Bundesregierung sieht eine Brennelementesteuer im Umfang von jährlich 2,3 Mrd. Euro p.a. vor. Weitere Belastungen in Milliardenhöhe werden diskutiert.

Ausstiegspolitik durch die Hintertür über Belastungen zu betreiben, die von den Kernkraftwerksbetreibern nicht mehr hingenommen werden, wäre aus den o.g. Gründen falsch. Zusätzliche Steuern und Abgaben wirken tendenziell preistreibend.

Unter gesamtwirtschaftlichen und sozialen Aspekten wäre es am besten, die im Vergleich zur Errichtung neuer Kraftwerkskapazitäten eingesparten Kosten kämen durch einen intensiven Wettbewerb auf dem Strommarkt den gewerblichen und privaten Stromkunden in Form zumindest nicht weiter steigender Preise zu gute, Strom bliebe also bezahlbar.

7. Gorleben als Endlager wird nach jahrelanger Verschleppung seit 1998 nunmehr zügig weiter erkundet.
8. Voraussetzung für eine stärkere Integration der Erneuerbaren in die Stromversorgung sind innovative „intelligente Netze“ (smart grid). Konkret geht es um die Ausrüstung der Netze mit Steuerungs- und Kommunikationsinstrumenten für die vermehrte Aufnahme von dezentralen Einspeisern und einen besseren Ausgleich der schwankenden Lasten.

Der Regulierungsrahmen muss dafür stärkere Anreize für den Einsatz setzen. Längerfristig ist auch eine Verknüpfung mit Konzepten der E-Mobilität vorstellbar und anzustreben.

9. Gleichzeitig müssen die Genehmigungsverfahren für neue Höchstspannungsleitungen, die derzeit durchschnittlich 10 Jahre dauern, drastisch abgekürzt werden, um einen rascheren Netzausbau zu ermöglichen. Nur dann kann Windstrom aus dem Norden in den industriestarken Süden Deutschlands transportiert werden. Werbung für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung ist notwendig.
10. In der Förderpolitik sollte erheblich stärker umgesteuert werden. Mehr Mittel müssen in die Erforschung und Entwicklung neuer Erzeugungs-, Übertragungs- und Speichertechnologien sowie in die Steigerung der Energieeffizienz fließen. Davon darf auch die Kerntechnik nicht ausgenommen sein. Deutschland darf seine Kompetenz bei der Hochtechnologie „Kernenergie“ nicht abgeben. Wir brauchen sie nicht zuletzt um weiterhin bei den internationalen Sicherheitsstandards mitsprechen zu können.

Der Wirtschaftsbeirat Bayern plädiert dafür, im energiepolitischen Gesamtkonzept des Bundes diese schlüssige Grundlinie zu berücksichtigen.

Nicht nur für die Zukunft Bayerns, sondern auch für die Zukunft Deutschlands ist eine langfristig tragfähige energiepolitische Konzeption von größter Bedeutung.